

Europäisches Verbindungskomitee „Gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“



Mehr als 20.000 in Berlin

Für einen Waffenstillstand – Stopp der Waffenlieferungen!

»Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten«

Unter diesem Motto haben 130 Persönlichkeiten aus der Gewerkschaftsbewegung, Aktivist*innen aus der Friedensbewegung, Abgeordnete zur Kundgebung am 25. November gegen die Bundesregierung und ihre Politik der „*ungehemmten Aufrüstung*“ aufgerufen. Die 85,5 Milliarden Euro Militärausgaben für 2024 sind die größten seit Bestehen der Bundesrepublik, begleitet von dramatischen Mittelkürzungen für das Gesundheitswesen, die Infrastruktur..., von Inflation und Reallohnverlusten...

Mehr als 20.000 Menschen sind dem Aufruf gefolgt. Es war eine Kundgebung des Widerstands gegen die kriegstreibende und sozialzerstörerische Politik der Regierung Scholz. Die Wut und Empörung kamen auch sehr eindrucksvoll in den Zurufen und dem Beifall während der Kundgebung zum Ausdruck.



Zentrale Forderung aller Redner*innen und auf vielen Transparenten war: „*Sofortiger Waffenstillstand in der Ukraine und im Nahen Osten*“, „*Aufhebung der Blockade von Gaza*“. Auf anderen Transparenten oder Plakaten war zu lesen: „*Keine Milliarden für Aufrüstung – 100 Milliarden für Schulen, Krankenhäuser, Klima*“, „*Stoppt den sozialen Krieg gegen das Volk*“.

Sehr viel Zuspruch erhielten die Gewerkschaftskollegen aus verschiedenen Regionen der BRD von ver.di, GEW, IG Metall, IG BAU... mit Fahnen und Transparenten; wie: „*Nein zum Krieg – Ja zum Sozialstaat*“. Kollegen kritisierten sehr, dass die Gewerkschaftsführungen einen Aufruf zu der Kundgebung verweigert haben.

Gleich zu Beginn der Kundgebung verdeutlichte Reiner Braun, dass dem Krieg und der Aufrüstung der soziale Krieg folgt: „*Dieser soziale Krieg gegen die Menschen muss beendet werden.*“

Mit aufgerufen und zum Auftakt gesprochen hat Sahra Wagenknecht. Sie kritisierte die Kriegspolitik der-Regierung Scholz scharf. Der Verteidigungsminister fordert, Deutschland müsse wieder kriegstüchtig werden: „*Er will, dass Deutschland das Handwerk des Krieges wieder beherrscht!*“

Seit dem Kippen der Schattenhaushalte durch das Bundesverfassungsgericht, wird wieder vom Sparen geredet, sparen bei den „*armen Kindern, Arbeitslosen, Rentnern*“. 90 Milliarden für Rüstung werden den Waffenherstellern übergeben, „*während in diesem Land tausende Lehrer fehlen, Krankenhäuser geschlossen werden und die Infrastruktur vergammelt.*“ Diese 90 Milliarden, „*das kann man sich doch sparen.*“



Einen Tag vor dem Bundesverfassungsgerichtsurteil wurden die Waffenlieferungen Deutschlands an die Ukraine verdoppelt, aber die Menschen in der Ukraine brauchen nicht mehr Waffen, sie brauchen Frieden.

Sahra Wagenknecht nahm klar gegen die Politik der Bundesregierung an der Seite der Regierung Netanjahu Stellung. Sie zeigte sich erschüttert über die Gräueltaten der Hamas in Israel: „Nichts, kein Unrecht dieser Welt, rechtfertigt solche Verbrechen“. Aber das rechtfertigt nicht die Unterstützung der deutschen Regierung für die „rücksichtslose Kriegsführung Israels“. „Wir sollten genauso schockiert sein, über die rücksichtslosen Bombardements im Gazastreifen.“ „Der Krieg muss beendet werden“.

„Gerade wir Deutschen haben eine besondere Verantwortung für jüdisches Leben ... Und wir haben die Verantwortung, das Existenzrecht Israels ohne Wenn und Aber zu verteidigen. Aber diese Verantwortung verpflichtet uns nicht, die rücksichtslose Kriegsführung der Regierung Netanjahu als Selbstverteidigung schönzureden und zu unterstützen“. „Diese Eskalation des Krieges schützt nicht jüdisches Leben - sie gefährdet jüdisches Leben.“ Diese Bomben stärken den islamistischen Terror. „Das ist die Logik“. Das ist auch die Lehre aus den Kriegen in Afghanistan und Irak.



Iris Hefets vom Verein „Jüdische Stimme“ erklärte, dass sie vor 21 Jahren Israel wegen seiner militaristischen Politik verlassen habe. Sie verurteilt scharf die Diffamierungen in den Medien, die alles tun, um jede Stimme gegen den Krieg zu ersticken „Wer sich für einen Waffenstillstand einsetzt, wird als Putin-Versteher oder Hamas-Unterstützer verunglimpft.“ Die von der Regierung gesteuerte Hetzkampagne, die jede Kritik an der Regierung Netanjahu als „Antisemitismus“ verteufelt, provoziert ein Klima der Einschüchterung. So weist Iris Hefets daraufhin, dass z.B. der Historiker Ilan Pappé und der Politikwissenschaftler Norman Finkelstein von der Rosa Luxemburg Stiftung wegen ihrer scharfen Kritik an der israelischen Politik als „Antisemiten“ wieder ausgeladen wurden.



Nadija Samour, palästinensische Rechtsanwältin, richtete eine bittere Anklage gegen die Regierung Scholz. „Wir leben in einem Deutschland, in dem die bedingungslose Solidarität mit Kriegsverbrechen und Genozid Staatsräson ist“. Sie wies auf die massiven Angriffe auf die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit hin. „Allein in Berlin sind im Oktober per Allgemeinverfügung alle Palästinenserdemonstrationen pauschal verboten worden.“ Gegen 1000e

Menschen gibt es Gerichtsverfahren, weil sie „ihr grundrechtlich verbrieftes Versammlungsrecht wahrnehmen wollten.... Es waren die täglichen unbeugsamen Versammlungen auf der Sonnenallee, die es letztlich schafften, die Demonstrationsverbote zu brechen. Es war die Solidarität 10000er Berliner*innen und Internationalisten, die das Existenzrecht der Palästinenser erkämpft haben. Auch heute hier, auf dieser Demonstration, ist es wichtig, die Solidarität mit dem palästinensischen Volk laut und deutlich einzufordern“.

Internationales Echo zur Demonstration

Dem Organisationskomitee der Friedensdemonstration lagen zahlreiche Grußbotschaften nicht nur aus der ganzen Republik – besonders aus der Gewerkschaftsbasis, sondern auch aus zahlreichen Ländern Europas, den USA, Asien und Afrika vor, darunter von Jeremy Corbyn und Noam Chomsky. In Großbritannien, in Bulgarien, Kroatien, Serbien, Spanien (darunter in Bilbao, Valencia und Barcelona), Frankreich, Norwegen, Irland, Belgien und in Rumänien fanden Solidaritätsaktionen mit unserer Demo in Berlin statt. Weitere Grußadressen kommen aus Polen, Griechenland, Italien, Dänemark, den Philippinen, aus Südafrika, aus Russland, aus Norwegen und Österreich.

Das waren die Redner auf der Friedensdemo

Reiner Braun (für die Initiator*innen der Demo), Petra Erler (ehem. Kabinettschefin der Europäischen Kommission für „Unternehmen und Industrie“), Ates Gürpinar (stellvertr. Vorsitzender Die Linke), Iris Hefets (Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost), Nadija Samour (deutsch-palästinensische Rechtsanwältin), Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz (Autorin, Publizistin), Michael Müller (ehem. Staatssekretär im Umweltministerium, MdB a.D., Vorsitzender der NaturFreunde), Dr. Michael von der Schulenburg (Diplomat, Assistant General Secretary des UN Generalsekretärs), Dr. Sahra Wagenknecht (MdB, BSW). Jutta Kausch-Henken und Wiebke Diehl moderierten die Kundgebung.

Alle Dokumente und Grußadressen unter <https://nie-wieder-krieg.org/> und <https://gegendenkrieg-gegendensozialenkrieg.info/> Kontakt: GotthardKrupp@t-online.de